

Fraktion **direkt**

72 | 1. Februar 2013

Zur Lage

Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist aktueller denn je **Die Union setzt auf die Bürger, nicht auf den Staat**



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Differenzen zwischen Union und Opposition werden zu Beginn des Wahljahres immer offenkundiger – auch im Bundestag. In nahezu jedem Politikbereich rufen die Sozialdemokraten und die Grünen nach staatlicher Intervention. CDU und CSU hingegen vertrauen den Menschen und setzen zunächst einmal auf ihr Verantwortungsbewusstsein.

Ein Beispiel: Wir wollen, dass jeder Arbeitnehmer von seiner Hände Arbeit leben kann. Rot-Grün propagiert in diesem Zusammenhang den gesetzlichen Mindestlohn, den der Staat vorschreibt. Wir wollen hingegen, dass diejenigen die Höhe des Mindestlohns festlegen, die viel eher dazu berufen sind und die eine viel größere Nähe zum Arbeitsleben haben als der Staat. Das sind die Tarifparteien – das sind Gewerkschaften und Arbeitgeber. Gerade die Gewerkschaften sind im Arbeitsleben die unmittelbaren Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir sind in Deutschland in der Vergangenheit gut damit gefahren, dass sich der Staat bei der Regelung der Lohnhöhe zurückgehalten hat.

Die Staatsgläubigkeit der SPD zeigt sich ebenso in der Reaktion auf die Lage am Wohnungsmarkt. Auch hier wollen die Sozialdemokraten intervenieren und den Wohnungsbau mit fünf Milliarden Euro fördern. Nur weiß niemand, woher die SPD dieses Geld nehmen will. Erfolgversprechender wäre es, grundsätzlich auf die Kräfte des Marktes zu vertrauen.

Denn der hat auf die höhere Nachfrage schon reagiert. Der Wohnungsneubau hat erfreulicherweise zuletzt kräftig angezogen. Das wird sich auch auf die Mieten auswirken. Wenn das Angebot an Wohnraum steigt, wird im Schnitt auch wieder der Preis für Wohnraum sinken oder zumindest stabil bleiben. Wichtig ist, dass der Neubau-Boom nun nicht abgewürgt wird. Diese Gefahr beschwören aber die SPD-Pläne herauf. Unsere Haltung bedeutet indes nicht, dass wir ungesunden Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt nicht entgegenwirken werden, sollte dies notwendig werden.

Verbote bringen uns nicht weiter

Der Ruf nach Verboten und immer mehr staatlicher Regulierung bringt unser Land nicht voran. Das spüren auch die meisten Bürger. Im Wahlkampf muss es der Union aber gelingen, den Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft in unsere Zeit zu übertragen. Den Bürgern müssen wir Freiheit lassen. Die Unternehmer und fleißigen Arbeitnehmer schaffen mehr als jemals ein Staat leisten kann. Nur dort, wo es soziale Fehlentwicklungen gibt, ist der Staat aufgefordert, einzuschreiten und für Gerechtigkeit zu sorgen. Dabei ist immer die richtige Balance zu halten. Ansonsten fällt Deutschland zurück – und alle verlieren dabei.

Volker Kauder

Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist aktueller denn je	1
Solidarität bei Strompreisen	2
„Europa aus der Krise herausführen“	3
„Zerrissenes Leben“	4
„Rot-Grün macht Politik gegen die Menschen“	5
„Der jetzige Rechtszustand ist der schlechteste“	6
Abzug aus Afghanistan beginnt	7
Erleichterungen für Bürger im Ehrenamt	7
Private Altersvorsorge wird attraktiver	8
Bund unterstützt Ausbau der Krippenplätze	8
„Die Einstellung zählt“	9
Letzte Seite	10

Solidarität bei Strompreisen

Union unterstützt Altmaiers Vorschlag



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die verheerende atomare Katastrophe von Fukushima im März 2011 war eine Zäsur für die Energiepolitik, auch in Deutschland. Getragen von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit beschloss die Regierung, Bundestag und Bundesrat die Energiewende. Deutschland soll ab 2022 vollständig ohne Kernenergie auskommen. Bis dahin werden die laufenden Kernkraftwerke auf Grundlage eines detaillierten Stufenplans nach und nach vom Netz genommen.

Kosten der Energiewende solidarisch verteilen

Alle anderen Energiequellen werden bis dahin schrittweise ausgebaut. Bis 2050 soll unser Land überwiegend aus erneuerbaren Energien versorgt werden. Mit der Einleitung eines neuen Energiezeitalters ist Deutschland sprichwörtlich Pionier unter den Industrieländern. Die Wende stellt uns alle vor enorme technologische und ökonomische Herausforderungen. Aber es liegt eben auch eine besondere Chance darin, auf einem entscheidenden Zukunftsmarkt die Führung zu übernehmen. Wir können zeigen, wie eine führende Industrienation Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit miteinander verbinden kann.

Dabei dürfen wir eines nicht ver-

schweigen: Zur Umstellung unserer Energieversorgung sind massive Investitionen erforderlich. Die Energiewende wird sich auszahlen, wenn wir sie vernünftig und mit vereinten Kräften gestalten, aber sie verursacht eben auch Kosten. Die Stromverbraucher – ob gewerblich oder privat – sind durch die sogenannte EEG-Umlage an den Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligt. Diese bereits unter Rot-Grün eingeführte Umlage hat sich allerdings durch den massiven Zubau von

Solaranlagen stark erhöht – allein im letzten Jahr um 50 Prozent. Ein Ende ist nicht in Sicht: Das Gesetz sieht eine jeweils für 20 Jahre garantierte Förderung vor. Über eine Begrenzung der Kosten haben sich Sozialdemokraten und Grüne niemals Gedanken gemacht.

Strom darf aber nicht zum Luxusgut werden. Unsere Energieversorgung muss verlässlich, berechenbar und eben auch bezahlbar bleiben. Einer unverhältnismäßigen Belastung der Verbraucher müssen wir daher einen Riegel vorschieben. Unser Bundesumweltminister Peter Altmaier hat zu diesem Zweck in der letzten Woche die Einführung einer Strompreis-Sicherung vorgeschlagen. Die EEG-Umlage bleibt danach für zwei Jahre auf dem Stand von heute. Ab 2015 darf sie einzig um maximal 2,5 Prozent jährlich ansteigen. Dafür müssen alle Akteure der Energiewende einen ausgewogenen Beitrag leisten – Unternehmen, Anlagenbetreiber und Eigenproduzenten.

Altmaier hat einen analytisch präzisen und sehr konkreten Vorschlag gemacht, mit dem wir den Strompreis für die Verbraucher auch in Zeiten der Energiewende begrenzen können. Dabei unterstützen wir ihn. Jetzt gilt es, konkrete Schritte einzuleiten, um die erforderlichen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Europa aus der Krise herausführen“

Bundestag und Assemblée Nationale feiern 50 Jahre Elysée-Vertrag – Gemeinsame Erklärung angenommen

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Francois Hollande haben das hohe Gut der deutsch-französischen Freundschaft gewürdigt und sich für eine weitere Vertiefung der Integration Europas ausgesprochen. Auf der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Assemblée Nationale zur Feier der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages vor 50 Jahren sagte Merkel: „Die deutsch-französische Freundschaft ist von überragender Bedeutung nicht nur für unsere beiden Völker, sondern für ganz Europa.“ Bei der Überwindung der Euro-Schuldenkrise und bei der gemeinsamen Sicherheitspolitik sei man aber „noch nicht am Ende des Weges“, fügte sie hinzu. Hollande bekräftigte das gemeinsame Ziel beider Länder, „Europa aus der Krise herauszuführen“.

Merkel und Hollande würdigten den Mut und die Weitsicht von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, die am 22. Januar 1963 im Pariser Elysée-Palast den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag unterzeichneten – und damit nur 18 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen Meilenstein für dauerhaften Frieden in Europa setzten. Per Akklamation nahmen die Abgeordneten am Schluss der Debatte eine gemeinsame Erklärung zum Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen beider Parlamente an.

„Diese Freundschaft ist sehr wertvoll“, sagte Hollande. Sie sei aber untrennbar verbunden mit der europäischen Einigung. Auch Merkel betonte: „Diese Freundschaft ist nicht exklusiv, sie schließt niemanden aus.“ Gleichzeitig hoben beide hervor, dass ohne den deutsch-französischen Mo-

tor sich in Europa oft wenig bewege. „In Europa kommt es ganz besonders auf uns an, auf Deutsche und Franzosen“, formulierte der CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder.

Kauder: „Europa ist mehr als Euro und Cent“

Angesichts der noch immer schwellenden Staatsschuldenkrise im Euro-Raum mahnte Kauder: „Europa darf nicht zu einem Europa von Euro und Cent verkommen: Europa ist eine große Friedensgemeinschaft.“ Diese Krise stellt Merkel zufolge die Europäische Union vor die größte Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen. Deshalb werde man weiter an der Währungsunion arbeiten und die wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen. Bei der Finanzmarktregulierung, der Bankenaufsicht, der Finanztransaktionssteuer wolle Deutschland eng mit Frankreich zusammenarbeiten. In der Energiepolitik werde man gemeinsam ein neues Kapitel aufschlagen.

Der französische Präsident Hollande äußerte die Sorge, dass die Wirtschaftskrise die Jugend in Europa um ihre Chancen bringen könnte. Deshalb liege ihm das gemeinsame



Merkel und Hollande im Bundestag

Foto: Tobias Koch

europäische Projekt am Herzen, dass alle Jugendlichen Zugang zu einer Ausbildungs- oder Lehrstelle erhalten. Er regte an, dies aus den Einnahmen der Finanztransaktionssteuer zu finanzieren, die Deutschland und Frankreich gemeinsam mit neun anderen EU-Ländern auf den Weg gebracht haben. Auch Kauder sagte, Europa müsse eine „Zukunfts- und Wohlstandsversicherung für die junge Generation“ werden.

Die Politik müsse sich vor allem darum kümmern, dass jungen Menschen ein Start in ein eigenständiges Leben erleichtert werde, dass sie Ausbildungs- und Berufschancen bekommen.

Gemeinsam gegen neue Bedrohungen

Merkel und Hollande sprachen auch die neuen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik an, vor denen Europa steht, darunter die asymmetrische Bedrohung durch islamistische Terroristen. „Wir werden diese Herausforderungen gemeinsam angehen: Deshalb steht Deutschland an der Seite Frankreichs, wenn es um den Einsatz in Mali geht“, sagte die Bundeskanzlerin. Sie dankte allen deutschen und französischen Soldaten, die zu dieser Stunde in Einsätzen seien. Die Sicherheit Deutschlands und Frankreichs müsse auch außerhalb der europäischen Grenzen geschützt werden. Hollande wiederum dankte Deutschland für die logistische und finanzielle Unterstützung im Kampf gegen die terroristischen Kräfte in Mali, die eine Gefahr für die Stabilität Westafrikas, aber auch den europäischen Kontinent darstellten.

„Zerrissenes Leben“

Die Holocaust-Überlebende Inge Deutschkron hält die Erinnerung an die Schoa wach – Gedenkrede im Bundestag

Wie halten wir die Erinnerung an die Schoa auch heute und für künftige Generationen wach? Wie machen wir nach 80 Jahren das, was Juden und anderen Verfolgten im Dritten Reich widerfahren ist, auch heute noch erlebbar? Der deutsch-jüdischen Journalistin und Holocaust-Überlebenden Inge Deutschkron gelingt dies mit ihren Berichten und Erzählungen in beeindruckender Weise. In ihrer Rede im Bundestag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus machte die 90-jährige spürbar, wie sich Deutschland nach der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 veränderte. Wie Juden zunächst ausgegrenzt und missachtet, dann systematisch deportiert und später vernichtet wurden. Und was dies für die überlebenden Juden bedeutete: welche Verantwortung für sie daraus erwuchs und wie sie den Kampf für Freiheit und Wahrheit zur Lebensaufgabe machten.

Dass sie Jüdin war, erfuhr Inge Deutschkron erst als junge Frau, und sie verstand zunächst nicht so recht, was es bedeutete. Religion hatte bis dahin in ihrem Elternhaus keine besondere Rolle gespielt. Was ein Nazi war, wusste sie hingegen schon länger. Ihre Mutter, eine „kämpferische Sozialistin“, ermutigte sie. „Lass dir nichts gefallen. Wehr Dich!“, sagte sie ihrer Tochter, als diese in der Schule ausgegrenzt und auf der Straße angefeindet wurde.

Das Leben auf den Straßen Berlins wurde angesichts der martialischen Propaganda aus öffentlichen Lautsprechern immer „lauter und unerfreulicher“, das der Familie Deutschkron „ernster, schweigsam und nachdenklich“. Ihr Vater, der als Soldat im Ersten Weltkrieg für Deutschland gekämpft hatte und dafür mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, durfte seinen Beruf als Lehrer nicht mehr ausüben. Die Familie geriet immer mehr in die „diskriminierende Isolation“, symbolisiert durch den Judenstern. Friseur oder Kultur-



Foto: Michael Gottschalk/dapd

Inge Deutschkron mit Bundespräsident Joachim Gauck bei der Gedenkstunde im Bundestag

stätten durften sie nicht mehr besuchen, Produkte wie Seife, Eier oder Kuchen nicht mehr kaufen.

Ganze Abteilungen in Ministerien „hatten nur die Aufgabe, den Juden das alltägliche Leben zur Qual werden zu lassen“. Und die Mitbürger taten alles, um „nur nicht zu sehen“, wie ihre Nachbarn von SA und Gestapo deportiert wurden. Mit der sogenannten Fabrikaktion am 16. Oktober 1941 sollte Berlin „endlich judenrein“ werden. Auch die noch verbliebenen 1.000 Ju-

den verschwanden nun aus Berlin. Freunde versteckten Inge Deutschkron und ihre Mutter unter Einsatz ihres Lebens bis zum Ende des Krieges.

Dass gerade sie überlebte, empfand sie als „Schuldigkeit, die sie nie wieder losließ“. Und die sie verpflichtete, durch die „präzise und emotionslose“ Niederschrift des Erlebten gegen das Vergessen in der jungen Bonner Republik anzukämpfen. Denn erst mit der „Wahrheit, der ganzen Wahrheit“ sei die Gefahr gebannt, schloss sie.

Die Inge-Deutschkron-Stiftung

Die deutsch-israelische Schriftstellerin Inge Deutschkron hat in diesem Jahr im Bundestag die Rede zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gehalten. Ihre Familie und sie wurden von 1933 an wegen ihrer politischen Arbeit und als Juden verfolgt. Inge Deutschkron überlebte den Holocaust im Berliner Untergrund. Seitdem engagiert sich die heute 90-jährige als Schriftstellerin und Journalistin für Demokratie und Menschenrechte. Am 6. Oktober 2006 gründete sie in Berlin die Inge-Deutschkron-Stiftung.

Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, der jüngeren Generation über den Geschichtsunterricht hinaus Informationen über die Schrecken des Nationalsozialismus in Deutschland zu vermitteln und damit zu verhindern, dass rechtsradikale Tendenzen wieder aufleben. Junge Menschen will sie auf diese Weise zu Toleranz und Zivilcourage ermutigen. Darüber hinaus will sie das Andenken an die sogenannten stillen Helden wach halten – an Frauen und Männer, die unter hohem persönlichen Einsatz den Verfolgten des Nazi-Regimes geholfen haben. Die Stiftung fördert Ausstellungen, Vortrags- und Bildungsveranstaltungen sowie Publikationen.

„Rot-Grün macht Politik gegen die Menschen“

Stefan Müller über die neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat – Koalition arbeitet weiter bis zur Wahl



Foto: Henning Schacht

Stefan Müller
Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe

Mit der Landtagswahl in Niedersachsen haben sich die Gewichte im Bundesrat verschoben. Die von SPD, Grünen und Linken regierten Bundesländer können fortan nicht nur Vorhaben der christlich-liberalen Koalition im Bund verhindern, sondern auch eigene Gesetzesinitiativen in die Länderkammer einbringen. Über die Folgen dieser Konstellation sprach „Fraktion direkt“ mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, der auch Mitglied im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ist.

Herr Müller, die Opposition hat auch schon vorher im Bundesrat wichtige Gesetzesvorhaben der Koalition blockiert, beispielsweise das Steuerabkommen mit der Schweiz und die Abmilderung der kalten Progression. Was erwarten Sie nun von der neuen Konstellation?

Müller: Nicht viel Gutes. Rot-Grün hat sich schon bisher äußerst destruktiv verhalten, aus parteitaktischem Kalkül wichtige Projekte verhindert und damit den Menschen geschadet. An dieser Haltung wird deutlich, dass es Sozialdemokraten

und Grünen nicht um die Sache geht. Mit ihrer Verweigerung schaden sie dem Land und machen damit Politik gegen die Menschen. Mit verantwortungsvollem Handeln hat das nichts zu tun. Mehrheit bedeutet nämlich auch Verantwortung. Die christlich-liberale Koalition wird weiter daran arbeiten, gute und vernünftige Politik für die Menschen zu machen. Die neue Konstellation im Bundesrat werden wir dabei natürlich in unser Handeln mit einbeziehen.

Für die Mehrheit im Bundesrat ist die Opposition auf die Linke angewiesen, die in Brandenburg mitregiert. Werden SPD und Grüne nicht unglaublich, wenn sie Zugeständnisse an die Linke machen?

Müller: Sigmar Gabriel verschweigt ganz absichtlich, dass es sich im Bundesrat nicht um eine rot-grüne, sondern eine rot-rot-grüne Mehrheit handelt. Aber genau mit dieser Mehrheit will die SPD eine Länderinitiative für einen gesetzlich fixierten Mindestlohn anstreben und das Betreuungsgeld abschaffen. Das ist nicht nur in der Sache der falsche Weg. Das beweist auch: Die Behauptung, dass mit den Linken keine Politik zu machen sei, ist ein bloßes Lippenbekenntnis von SPD und Grünen. Das müssen die Menschen wissen.

Bis zur Bundestagswahl im September sind es noch knapp acht Monate. Welche Gesetzesvorhaben kann die christlich-liberale Koalition in dieser Legislatur noch in Angriff nehmen?

Müller: Im Gegensatz zu Rot-Grün schalten wir noch nicht auf Wahlkampf. Wir haben schließlich einen

Regierungsauftrag und tragen Verantwortung für dieses Land. Ein großes Projekt bleibt die Energiewende: Eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sehe ich eher in der nächsten Legislaturperiode, aber gerade für Preisstabilität und Netzausbau können wir jetzt noch die Weichen stellen.

Auf der Agenda steht natürlich auch noch die weitere Regulierung der Finanzmärkte, zum Beispiel durch die Umsetzung der Basel-III-Richtlinie zur Bankenregulierung und die Begrenzung des Hochfrequenzhandels. Mit der Einführung des Leistungsschutzrechts wollen wir außerdem das Urheberrecht ergänzen – um nur einige Punkte herauszugreifen. Unsere Liste ist also noch lang.

„Das Betreuungsgeld kommt zum 1. August“

SPD und Grüne haben angekündigt, das soeben beschlossene Betreuungsgeld über eine Bundesratsinitiative wieder abzuschaffen. Was halten Sie davon?

Müller: In Niedersachsen steht noch nicht einmal die Koalition, schon werden SPD und Grüne übermütig und können vor Kraft kaum noch laufen. Herr Gabriel und die Grünen scheinen vergessen zu haben, dass Bundesratsinitiativen, so sie denn überhaupt zustande kommen, auch eine Mehrheit im Bundestag brauchen. Und die wird es nicht geben. Es bleibt also dabei: Zum 1. August tritt das Betreuungsgeld in Kraft. Damit schafft die christliche-liberale Koalition erstmals wirklich Wahlfreiheit, da kann Herr Gabriel noch so klaskampferisch herumposaunen.

„Der jetzige Rechtszustand ist der schlechteste“

Union diskutiert mit Ärzten, Geistlichen und Juristen über Verbot der gewerbsmäßigen Sterbehilfe

„Die gewerbsmäßige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung werden wir unter Strafe stellen.“ So steht es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP. Das Bundesjustizministerium hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dieses Vorhaben umsetzt, welcher der Unionsfraktion jedoch nicht weit genug geht. CDU und CSU setzen sich dafür ein, nicht nur die gewerbsmäßige Hilfe zur Selbsttötung unter Strafe zu stellen, sondern auch die organisierte Hilfe. Am Dienstagabend veranstalteten sie eine fraktionsoffene Sitzung, auf der auch Vertreter der Kirchen, der Ärzteschaft und des Rechts ihre Positionen darlegten.

Die Unionsfraktion stehe für einen konsequenten Schutz des Lebens auch an seinem Ende, machten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Günter Krings und die Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Recht, Andrea Voßhoff, klar. Sie verwiesen darauf, dass die Selbsttötung und die dazu geleistete Beihilfe bisher in Deutschland nicht strafbar seien. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf solle in einem ersten Schritt die gewerbliche, also die besonders verwerfliche gewinnorientierte Förderung von Selbsttötungen erstmals unter Strafe gestellt werden.

ßige oder die organisierte Sterbehilfe unter Strafe stellen. Auf diese Weise könnten auch Vereine belangt werden, die nicht gewinnorientiert handeln.

Beihilfe zum Suizid nicht gesellschaftsfähig machen

Die Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche, Prälat Karl Jüsten und Prälat Bernhard Felmberg, würdigten die Tatsache, dass die Union das Thema vorangetrieben habe, sprachen sich aber gleichzeitig gegen den Gesetzentwurf aus. Jüsten äußerte die Befürchtung, dass das Gesetz ins Leere laufen werde, weil kommer-

Auch die Vizepräsidentin der Bundesärztekammer, Martina Wenker, lehnte jede Form der organisierten Sterbehilfe ab. Es wäre ein „fatales Signal“, wenn die Schwelle für den Freitod durch das Gesetz niedriger würde. Nur die gewerbsmäßige Beihilfe zu verbieten wäre „ein riesiges Einfallsstor“ für einen Mentalitätswandel in der Gesellschaft und könne bewirken, dass sich Menschen immer häufiger für den Freitod entscheiden. Schon jetzt würden über 9.000 Selbstmorde pro Jahr registriert. Die meisten von ihnen seien Folge einer behandelbaren psychischen Erkrankung. Man benötige von daher ärztliche Hilfe und Zuwendung.



© Hans-Jörg Nisch - Fotolia.com

„Wir wollen mehr“

Krings stellte fest: „Der jetzige Rechtszustand ist der schlechteste Zustand.“ Gleichzeitig machte er mit Blick auf den Entwurf deutlich: „Wir wollen mehr.“ Wenn dies mit dem Koalitionspartner nicht zu haben sei, dann könne man auch weniger akzeptieren – mit dem Ziel einer späteren Nachbesserung. „Alles oder nichts“ bringe die Politik nicht weiter.

Voßhoff erläuterte die Alternativen: So könne man neben der gewerbsmäßigen auch die geschäftsmä-

zielle Sterbehilfe-Vereine dann die Gewinnabsicht aus ihren Satzungen streichen würden. „Die Gefahr für das Rechtsgut Leben ist dadurch nicht gebannt“, sagte Jüsten. Es drohe ein Szenario, in dem nichtkommerzielle Sterbehilfe-Vereine zu einem staatlich tolerierten Dienstleistungsangebot würden. Auch Felmberg sprach von der Gefahr, die „Beihilfe zum Suizid gesellschaftsfähig zu machen“. Felmberg verwies auf den Beschluss des CDU-Parteitages vom Dezember, der ein klares Verbot der organisierten Sterbehilfe gefordert hatte.

Für den Gesetzentwurf sprachen sich Ulrich Franke, Richter am Bundesgerichtshof, und der Würzburger Professor Kyrill-Alexander Schwarz aus. Wenn mit dem Koalitionspartner nicht mehr zu erreichen sei, solle man wenigstens das umsetzen, was gehe, sagte Franke. Das Gesetz sei „nicht völlig zahnlos“, sondern habe durchaus seinen Sinn. Schwarz ergänzte, auch eine Mindestregelung, die gleichwohl Ausdruck einer ethischen Grundeinstellung sei, stehe einer C-Partei gut zu Gesicht.

Abzug aus Afghanistan beginnt

Bundestag verlängert ISAF-Mandat zum letzten Mal

Elf Jahre nach Beginn des internationalen Afghanistan-Einsatzes hat der Bundestag zum letzten Mal das ISAF-Mandat für die Bundeswehr verlängert. Die Abgeordneten stimmten mit breiter Mehrheit für das Mandat, das eine Verringerung der deutschen Truppen um zunächst 500 auf 4.400 vorsieht. Bis Februar 2014 soll die Zahl weiter auf 3.300 gesenkt werden. Die Bundeswehr wird bereits in den kommenden Monaten mit dem Abzug ihrer Truppen beginnen.

Die NATO und ihre Partner beenden 2014 den längsten Kampfauftrag ihrer Geschichte. Sie werden sich dann ganz auf die Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte kon-

zentrieren, die bereits jetzt die Verantwortung für die Sicherheit in Teilen des Landes übernommen haben. Auch Deutschland wird 2014 mit der Ausbildung, Beratung und Unterstützung fortfahren.

Sicherheitslage am Hindukusch verbessert

Die Sicherheitslage am Hindukusch ist zwar noch problematisch, hat sich aber verbessert. Vor allem im Regionalkommando Nord, in dem die Bundeswehr Verantwortung trägt, verläuft die Entwicklung positiv, wie der aktuelle Fortschrittsbericht der Bundesregierung zeigt.

Deutschland hat als drittgrößter Truppensteller einen entscheidenden Anteil am Erfolg der ISAF-Mission. Was die Bundeswehr in Afghanistan geleistet hat, verdient Anerkennung und Respekt weit über das Abzugsdatum hinaus. Daran wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer wieder erinnern.

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist ein wichtiger Beitrag für die internationale Sicherheit und ein Beweis der Bündnisfähigkeit mit unseren NATO-Partnern.

Erleichterungen für Bürger im Ehrenamt

Bundestag verabschiedet Gesetz – Engagement wird gewürdigt

Für Menschen, die Ehrenämter übernehmen, wird künftig einiges leichter. Auf Initiative der christlich-liberalen Koalition verabschiedete der Deutsche Bundestag am Donnerstag ein Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes, das vor allem eine verbesserte steuerliche För-

derung vorsieht. Auch die Haftungsregelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch werden beschränkt. Hiermit soll die gesellschaftliche Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck gebracht werden.

So bleiben für Übungsleiter – beispielsweise Trainer – künftig bis zu 2.400 Euro steuerfrei. Sonstige ehrenamtlich Tätige profitieren von der Ehrenamtszuschale, die auf 720 Euro angehoben wird. Einnahmen unterhalb dieser Grenzen unterliegen weder der Steuer noch der Sozialversicherungspflicht. Die Anhebung der Freibeträge entlastet gleichzeitig die Vereine von Bürokratie.

Erleichterungen auch für Vereine

Die Umsatzgrenze, bis zu der Veranstaltungen eines Sportvereins als Zweckbetrieb gelten, wird auf 45.000 Euro angehoben. Hierdurch entfällt bei kleineren Veranstaltungen die

Pflicht, die Ausgaben detailliert dem steuerpflichtigen oder dem steuerfreien Bereich zuzuordnen.

Bürgerschaftliches Engagement wird zu großen Teilen durch Vereine und Stiftungen erbracht. Der Gesetzesentwurf enthält daher auch eine deutliche Erleichterung bei der Rücklagenbildung. Zusätzlich aufgenommen wurde eine Lockerung des sogenannten Endowment-Verbots, d.h. des Verbots von Vermögensübertragungen. Die Regelung ermöglicht es steuerbegünstigten Körperschaften, eine andere steuerbegünstigte Körperschaft mit Vermögen auszustatten. Damit wird z. B. die Einrichtung von „Stiftungsprofessuren“ erleichtert.

Wenn der Bundesrat in seiner Sitzung am 1. März 2013 dem zustimmungspflichtigen Gesetzesentwurf zugestimmt hat, werden die Maßnahmen rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.



© ciqueedspirit - Fotolia.com

Private Altersvorsorge wird attraktiver Bundestag verabschiedet Maßnahmenpaket – „Beipackzettel“ für Rentenprodukte

Zehn Jahre nach Einführung der Riester-Rente stärkt die christlich-liberale Koalition die private Altersvorsorge. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag ein Paket mit 20 Einzelmaßnahmen, mit denen der Schutz der Anleger und Verbraucher verbessert wird. Dazu zählt die Einführung eines „Beipackzettels“ – eines Informationsblattes, das es Anlegern leichter macht, die Rentenprodukte und Kostenmodelle unterschiedlicher Anbieter zu vergleichen. Vereinfachungen gibt es auch bei der Eigenheimrente. So kann mit dem Geld künftig eine selbst genutzte Wohnung altersgerecht umgebaut werden.

Zweites Standbein neben der Rente

Die Zahl der Rentner wächst von heute 21 Millionen auf schätzungsweise 30 Millionen im Jahre 2030. Angesichts des demografischen Wandels wird die kapitalgedeckte Altersvorsorge als zweites Standbein neben der gesetzlichen Rente immer wichtiger. Die Koalition macht die bislang oft intransparenten und starren Produkte nun auch attraktiver. So wird ein Anbieterwechsel für Verbraucher künftig günstiger: Die Kosten für den Wechsel dürfen 150 Euro nicht überschreiten. Und der neue Anbieter darf, wenn er

seine Kosten für Abschluss und Vertrieb in Rechnung stellt, nur 50 Prozent des übertragenen geförderten Kapitals berücksichtigen.

Die Förderhöchstgrenze für den Aufbau einer eigenen zusätzlichen Altersvorsorge wird von 20.000 auf 24.000 Euro angehoben. Wer in eine Eigenheimrente investiert, kann für selbst genutzten Wohnraum in der Ansparphase jederzeit Kapital entnehmen. Außerdem setzt die Koalition einen Anreiz, Berufsunfähigkeit und verminderte Erwerbsfähigkeit abzusichern. Solche Versicherungen können künftig besser steuerlich geltend gemacht werden.

Bund unterstützt Ausbau der Krippenplätze Bundestag gibt weitere Millionen frei – Zweiter Anlauf nach Blockade im Bundesrat

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen mit weiteren 580,5 Millionen Euro für den Ausbau von Krippenplätzen. Der Bundestag billigte die Zuwendung am Donnerstag erneut, nachdem die Freigabe im ersten Anlauf vom Bundesrat blockiert worden war.

Der Ausbau der Betreuungsplätze für die Kinder unter drei Jahren ist eine der großen Herausforderungen der Familienpolitik. Wegen der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung dieses Projektes hat sich der Bund zur Hilfe bereiterklärt, obwohl die Bedarfsplanung und Finanzierung der Betreuungsplätze Aufgabe der Kommunen ist. Ab August haben Eltern von Kindern unter drei Jahren einen Anspruch auf einen Krippenplatz.

Bereits im Jahr 2007 hatte der Bund zugesichert, bis 2013 vier Milliarden Euro – ein Drittel der Gesamtkosten – für den Ausbau und ab 2014 jährlich

775 Millionen Euro für die Betriebskosten der zusätzlichen Plätze zu übernehmen. Als sich herausstellte, dass die im Jahr 2007 als Zielgröße festgelegten 750.000 Betreuungsplätze nicht ausreichen würden, um den Bedarf zu decken, stellte er 2012 zusätzlich 580,5 Millionen Euro für weitere 30.000 Plätze und jährlich nochmals 75 Millionen Euro für die Betriebskosten bereit.

Die gesetzlichen Regelungen für dieses zusätzliche Geld verabschiedete der Bundestag bereits im vergangenen November im Rahmen des Fiskalvertragsgesetzes. Jedoch lehnte der Bundesrat dieses Gesetz im Dezember überra-

schend ab, was zu Planungsunsicherheit bei den Kommunen, aber auch zu Sorgen bei den Eltern kleiner Kinder führte, die dringend auf einen Betreuungsplatz angewiesen sind. Länder und Kommunen müssen nun den Ausbau dringend vorantreiben.



„Die Einstellung zählt“

Unionskongress über behinderte Menschen in der Arbeitswelt – Jede individuelle Fähigkeit wird gebraucht



Foto: Tobias Koch

Maria Michalk spricht auf dem Kongress

In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung; die Beschäftigungsquote liegt auf Rekordhöhe. Von diesem Aufschwung haben schwerbehinderte Menschen bisher kaum profitiert. Auf einem Kongress der Unionsfraktion unter dem Motto „Die Einstellung zählt: Wie sich die Arbeitswelt für Menschen mit Behinderungen öffnet“ diskutierten am Mittwoch Politiker mit Arbeitgebern, Beschäftigten und behinderten Menschen über Wege, wie man Abhilfe schaffen kann. Einig waren sie sich darin, dass eine Bewusstseinsveränderung nötig ist. Denn die individuellen Fähigkeiten behinderter Menschen werden gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels gebraucht.

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk, betonte die Bedeutung dieser „inklusi-ven“ Arbeitswelt, also einer Arbeitswelt, die auch Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen integriert. Menschen mit Behinderungen seien oft gut ausgebildete, belastbare und hoch motivierte Mitarbeiter. Teilweise seien sie auch selbst erfolgreiche Unternehmer und Arbeitgeber, sagte Maria Michalk und

forderte: Gute Beispiele müssten noch viel stärker publiziert werden. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder warb dafür, dass es für Behinderte auch in Zukunft sowohl Angebote in speziellen Werkstätten als auch auf dem regulären Arbeitsmarkt geben müsse. Beide Ansätze dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, sagte er. Oft seien kreative Lösungen nötig, um für jeden – je nach seinen individuellen Fähigkeiten – den geeigneten Arbeitsplatz zu schaffen. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling, sowie Raimund Becker, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, waren sich darin einig, dass sich in Zeiten drohenden Fachkräftemangels Unternehmer und Betriebe dem Potenzial von Menschen mit Behinderung gegenüber öffnen müssen.

Mit gutem Beispiel voran

Unternehmen stellen sich immer häufiger ihrer Verantwortung, auch behinderte Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren. Dies bestätigten drei Betriebe, die auf dem Kongress einen Einblick in ihren Arbeitsalltag mit behinderten Mitarbeitern gaben. So stellten die Geschäftsführerin und

die Betriebsrätin von Boehringer Ingelheim, Ursula Fuggis-Hahn und Doris Müller, ihren Aktionsplan vor, mit dem sich der Konzern auf „Inklusionskurs“ bringt. Nach dem Motto „Einfach machen“ werden mehr Menschen mit Behinderungen ihren Fähigkeiten entsprechend dauerhaft in verschiedenen Bereichen eingesetzt.

Der mittelständische Betrieb Gebrüder Hein GmbH betreibt drei Edeka-Märkte in Köln und macht seit Jahren gute Erfahrungen mit Mitarbeitern mit Behinderung. Unterstützt wird der Inhaber Gregor Hein dabei von der gemeinnützigen Fügeling Router GmbH, die alle Beteiligten berät und hilft, wenn es Probleme gibt. „Inklusion klappt bei uns im Betrieb gut, aber man braucht auch Geduld und vor allem einen starken Partner“, berichtete Hein auf dem Kongress.

Offen für neue Wege

Offen für neue Wege sind auch die Lausitzer Werkstätten aus Hoyerswerda, die mit dem Industriebetrieb Yados GmbH zusammenarbeiten. Die Lausitzer Werkstätten schaffen anspruchsvolle Außenarbeitsplätze für diejenigen Werkstattbeschäftigten, die sich den Einsatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zutrauen und gleichzeitig den Rückhalt der Werkstatt brauchen, wie die Geschäftsführer Eckhart Friese und Olaf Besser berichteten.

Fazit des Kongresses war, dass weder mehr finanzielle Mittel noch neue Eingliederungsinstrumente nötig sind, sondern vielmehr die Bereitschaft auf beiden Seiten, sich aufeinander einzulassen. Geduld ist vor allem bei den Unternehmen gefragt, die immerhin die eigene Wettbewerbsfähigkeit sichern müssen. Arbeitnehmer mit Behinderung, die im Unternehmen Teil eines Ganzen werden, bekommen das Gefühl, gebraucht zu werden. Das stärkt ihr Selbstwertgefühl und beflügelt zu dauerhaften Leistungen.

Monatslöhne steigen wieder stärker

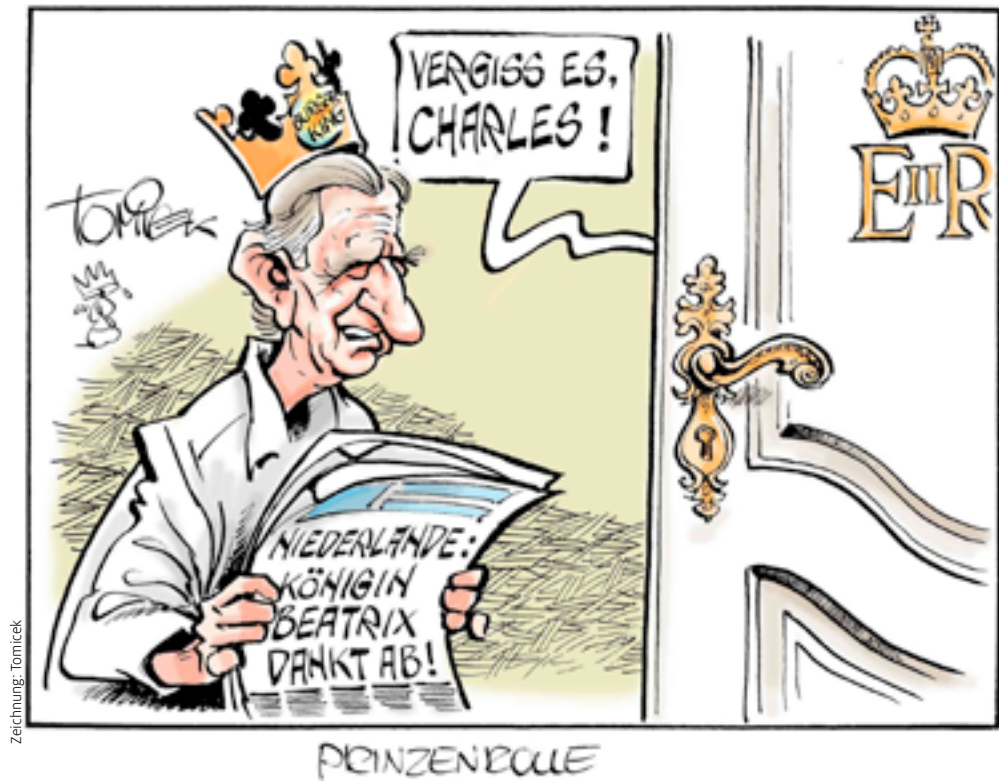
Hohe Tarifabschlüsse 2012

Wiesbaden – Die tariflichen Monatslöhne und -gehälter der Arbeitnehmer in Deutschland stiegen im Jahr 2012 durchschnittlich um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag der Anstieg deutlich über den Steigerungen in den Jahren 2011 (1,5 Prozent) und 2010 (1,6 Prozent).

Grund für diese Entwicklung sind die vergleichsweise hohen Neuabschlüsse im Jahr 2012 sowie deutliche Tarifsteigerungen, die bereits in den Vorjahren von Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbart worden waren.

Die Ergebnisse aus den Jahren 2010 und 2011 beruhten dagegen zum Teil noch auf Verträgen, die mitten in der Wirtschaftskrise verhandelt worden waren. Diese sahen entsprechend niedrige Tarifsteigerungen vor.

Die tariflichen Monatsverdienste entwickelten sich in den einzelnen Branchen unterschiedlich: Die höchsten durchschnittlichen Tarifierhöhungen erhielten im Jahr 2012 die Beschäftigten in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, im Öffentlichen Dienst sowie in Erziehung und Unterricht mit jeweils 3,0 Prozent. Am niedrigsten waren die durchschnittlichen Tarifierhöhungen im Gastgewerbe sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (jeweils 2,1 Prozent) und bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (1,8 Prozent). Im verarbeitenden Gewerbe, zu dem unter anderem auch die Metallindustrie und die chemische Industrie gehören, stiegen die Tarifverdienste durchschnittlich um 2,8 Prozent.



Zeichnung: Tomicek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 20. Februar 2013 Netzpolitischer Kongress
- 11. März 2013 Finanzkongress Schattenbanken
- 20. März 2013 Kongress Rohstoffstandort Deutschland

Spielwarenproduktion boomt

Spielzeug aus Kunststoff besonders gefragt

Wiesbaden – Deutsche Spielwarenerzeuger erreichen erneut Spitzenwerte bei der Produktion: In Deutschland wurden nach vorläufigen Angaben im Jahr 2012 Spielwaren im Wert von rund 1,53 Milliarden Euro hergestellt. Wie das Statistische Bundesamt anlässlich der vom 30. Januar bis 4. Februar 2013 stattfindenden Nürnberger Spielwarenmesse mitteilte, ist

dies ein Anstieg von 10,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies ist nach dem Rekordjahr 2010, als Spielwaren für 1,66 Milliarden Euro gefertigt worden sind, der zweithöchste Wert in den vergangenen zehn Jahren. Die größte Bedeutung hatte 2012 die Herstellung von „Spielzeug aus Kunststoff“, die mehr als ein Viertel des Produktionswertes ausmachte.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt